

1. Frage:

Was werden Sie und Ihre Partei unternehmen, um dem Fachkräftemangel in den Gesundheitsberufen entgegenzuwirken bzw. die Patientenversorgung der Zukunft zu sichern?

Die Union hat sich vorgenommen, in der Gesundheitspolitik der nächsten Legislaturperiode einen Schwerpunkt auf die Gesundheitsfachberufe zu legen. Wir haben bereits in dieser Wahlperiode mit den Maßnahmen und Regelungen im GKV-Versorgungsstärkungsgesetz, im E-Health-Gesetz, in den Pflegestärkungsgesetzen I bis III, im Hospiz- und Palliativgesetz und nicht zuletzt im Pflegeberufereformgesetz die Voraussetzungen geschaffen, um die medizinische Versorgung auch in Zukunft sicherstellen zu können. Diesen Weg wird die Union weitergehen. Unser Ziel ist es, die Tätigkeit im Gesundheitswesen attraktiver zu gestalten. Hierbei setzen wir insbesondere auf eine hochwertige Qualifizierung, angemessene und leistungsgerechte Bezahlung, zunehmende Delegation, mehr Digitalisierung und den Abbau von unnötiger Bürokratie.

2. Frage:

Was werden Sie und Ihre Partei tun, um Auszubildende in den oben benannten Berufsgruppen aufgrund ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse nicht von der Ausbildung (berufsfachschulischer sowie hochschulischer) auszuschließen?

Die Union wird das Schulgeld für die Ausbildung der Physiotherapeuten, Ergotherapeuten und Logopäden und den weiteren Heilberufen abschaffen. Zudem setzt sich die Union für eine angemessene Ausbildungsvergütung ein. Bereits in dieser Legislaturperiode haben wir mit dem Pflegeberufereformgesetz das Schulgeld in der Altenpflege abgeschafft.

3. Frage:

Inwieweit werden Sie und Ihre Partei sich für die Revision der Berufsgesetze in Bezug auf zeitliche und inhaltliche Umsetzung unter der Beteiligung der jeweiligen Verbände einsetzen?

Die Union wird bei der Weiterentwicklung der Berufsgesetze – wie das bei Gesetzesänderungen üblich ist – einen Austausch und eine Abstimmung mit den maßgeblichen Verbänden vornehmen.

4. Frage:

Welche konkreten Maßnahmen werden Sie innerhalb der nächsten vier Jahre ergreifen, um zum Aus- und Aufbau der Forschung in den oben genannten Gesundheitsfachberufen beizutragen.

Die Union begrüßt grundsätzlich alle Maßnahmen, die zu einer stärkeren Evidenzbasierung und Weiterentwicklung der Qualitätssicherung von medizinischen Versorgung beitragen. Die Forschungsvorhaben im Rahmenprogramm der Bundesregierung werden allgemein gehalten und beziehen sich beispielsweise auf Bereiche zur Erforschung von Volkskrankheiten, individualisierte Medizin oder Versorgungsforschung.

Bereits in dieser Legislaturperiode haben wir den Innovationsfond etabliert, in dem bis zum Jahr 2019 jährlich jeweils 300 Mio. Euro zur Förderung neuer Versorgungsformen zur sektorenübergreifenden Versorgung zur Verfügung stehen. Davon stehen jährlich 70 Mio. für die Versorgungsforschung zur Verfügung. Die förderungsfähigen Vorhaben können verschiedene Gesundheitsberufe, die Weiterentwicklung der Delegation und die integrierte Versorgung einbeziehen.

5. Frage:

Wie werden Sie und Ihre Partei das innerhalb der EU formulierte Ziel der Harmonisierung im Hochschulraum umsetzen und wie gehen Sie und Ihre Partei damit um, dass Berufsangehörige deutscher Gesundheitsfachberufe in Europa die einzigen sind, die ohne akademischen Abschluss im Gesundheitswesen arbeiten?

Die Union lehnt eine generelle Akademisierung der deutschen Gesundheitsberufe ab, da sie die Gruppe der zur Ausbildung Berechtigten stark reduzieren und den bestehenden Fachkräftemangel noch verschärfen würde. Im Rahmen der Novellierung der Berufsankennungsrichtlinie hat sich die Union daher dagegen ausgesprochen, den Zugang zu den Gesundheitsberufen an eine 12jährige Schulzeit zu knüpfen. Im Übrigen stehen die berufsfachschulisch ausgebildeten deutschen Fachkräfte ihren akademisch ausgebildeten europäischen Kolleginnen und Kollegen hinsichtlich Kompetenz und Leistungsvermögen in nichts nach.

Nichtsdestotrotz stehen wir einer akademischen Erstausbildung als Ergänzung positiv gegenüber. Die Union hat sich deshalb dafür eingesetzt, die Erprobung der akademischen Erstausbildung zu verlängern. Auf dieser Grundlage können neue Ausbildungsstrukturen für diese Gesundheitsberufe erprobt werden. Nach Vorliegen der Evaluationsergebnisse werden wir über das weitere Vorgehen entscheiden.